

Informationen zur Datenverarbeitung nach Art. 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) (Datenschutzerklärung)

Diese Beilage soll den natürlichen Personen, deren personenbezogenen Daten verarbeitet werden, einen Überblick über die Datenverarbeitung und Rechte, die im Zusammenhang mit ihren personenbezogenen Daten zustehen, geben.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Der Auftraggeber (Bundesminister für Finanzen, 1010 Wien, Johannesgasse 5) ist alleiniger Verantwortlicher für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten. Für Anliegen im Zusammenhang mit Ihren personenbezogenen Daten können Sie sich an den Datenschutzbeauftragten wenden. Die Kontaktdaten lauten:

Dr. Stefan Lang, Bundesministerium für Finanzen, 1010 Wien, Johannesgasse 5

E-Mail: stefan.lang@bmf.gv.at

2. Arten von personenbezogenen Daten und deren Quelle:

Es werden grundsätzlich jene personenbezogenen Daten verarbeitet, welche der Auftragsgeber (Bundesminister für Finanzen) von der Auftragnehmerin (Buchhaltungsagentur des Bundes, 1200 Wien, Dresdnerstraße 89) erhalten hat. Zu den personenbezogenen Daten zählen insbesondere Personalien (Name, Adresse, Kontaktdaten, etc.), Kontoverbindung, Korrespondenzdaten, Dokumentationsdaten (z.B. im Zusammenhang mit der Kontrolle oder Abnahme der Werkleistung), Verarbeitungsergebnisse, die der Auftragsgeber selbst generiert (z.B. zur aktenmäßigen Archivierung), sowie personenbezogene Daten, die für die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen (Prüfung gemäß § 4 Abs. 2 Kommunalinvestitionsgesetz 2020 – KIG 2020) erforderlich sind. Außerdem ist es möglich, dass der Auftragsgeber personenbezogene Daten durch Rückfragen bei den in Betracht kommenden anderen Organen des Bundes oder bei sonstigen Dritten erhebt.

3. Rechtsgrundlagen und Zwecke für die Verarbeitung:

- Zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 1b DSGVO):
Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Anbahnung und Abwicklung des Vertrages sowie aller damit in Verbindung stehender Kontrolltätigkeiten.

- Zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 1c DSGVO):
Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen (z.B. BHG 2013, Rechnungshofgesetz, BVergG 2006, BB-GmbH-Gesetz, unionsrechtliche Regelungen, Kommunalinvestitionsgesetz 2020 – KIG 2020), welchen der Auftraggeber unterliegt.
- Zur Wahrung berechtigter Interessen (Art. 6 Abs. 1f DSGVO):
Die Verarbeitung personenbezogener Daten kann zur Wahrung berechtigter Interessen erfolgen. (Beispielsweise im Rahmen der Rechtsverfolgung)

4. Adressatenkreis der personenbezogenen Daten

Innerhalb der Einrichtungen des Auftraggebers erhalten diejenigen Abteilungen bzw. Mitarbeiter jene personenbezogenen Daten, welche diese zur Erfüllung vertraglicher oder rechtlicher Verpflichtungen sowie für die Wahrung berechtigter Interessen benötigen. Darüber hinaus erhalten allenfalls vom Auftragsgeber beauftragte Auftragsverarbeiter (z.B. IT-Dienstleister) personenbezogene Daten, sofern die Daten zur Erfüllung der jeweiligen Leistungen benötigt werden. Überdies können öffentliche Stellen und Institutionen (z.B. Bundesministerium für Finanzen im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen auf der Grundlage des BHG 2013, Rechnungshof, Finanzprokurator, EU, andere Auftragnehmer des Bundes) personenbezogene Daten erhalten.

5. Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten werden vom Auftragsgeber soweit erforderlich, für die gesamte Dauer des Vertrages (von der Anbahnung, Abwicklung bis zur Beendigung) und darüber hinaus gemäß entsprechenden gesetzlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus BHG 2013, BHV 2013 oder unionsrechtlichen Vorgaben ergeben, verarbeitet.

6. Datenschutzrechte

Aus der DSGVO ergibt sich für die betroffenen natürlichen Personen unmittelbar eine Vielzahl von Rechten im Zusammenhang mit ihren personenbezogenen Daten. Die/der Betroffene hat grundsätzlich Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung der gespeicherten Daten und ein Widerspruchsrecht jeweils nach Maßgabe des Unionsrechtes und des innerstaatlichen Rechtes.

7. Pflicht zur Datenbereitstellung

Von der Auftragnehmerin sind diejenigen personenbezogenen Daten bereitzustellen, die für die Anbahnung und Abwicklung des Vertrages erforderlich sind oder zu deren Erhebung der Auftraggeber gesetzlich verpflichtet ist. Werden die erforderlichen personenbezogenen Daten von der Auftragnehmerin nicht bereitgestellt, muss der Auftraggeber den Abschluss des Vertrages ablehnen. Ebenso wäre ein laufender Vertrag zu beenden, wenn keine Bereitstellung von erforderlichen personenbezogenen Daten erfolgt.

8. Beschwerderecht

Sollte die betroffene Person Anliegen im Zusammenhang mit ihren personenbezogenen Daten haben, so kann sie sich zunächst an den Datenschutzbeauftragten wenden. Ansonsten sind Beschwerden im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten an die folgende Einrichtung zu richten:

Österreichische Datenschutzbehörde
Barichgasse 40 - 42
1030 Wien
Telefon: +43 1 52152
Email: dsb@dsb.gv.at
Website: www.dsb.gv.at